



HESSISCHER LANDTAG

12. 03. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine hessischen Waffen für Saudi-Arabien

Für Aufsehen hat die Meldung gesorgt, dass die Firma Krauss-Maffei Wegmann (KMW) Panzer nach Saudi-Arabien und Katar (inklusive Wartung, Schulung und Material) liefern will. Hessen ist an der Lieferung von "Leopard II A7+"-Panzern und Boxer-Fahrzeugen beteiligt. Besonders brisant ist, dass diese Waffen gegen innerstaatliche Aufstände konzipiert und schon in entsprechender Weise eingesetzt worden sind. Trotz vehementer Kritik von Oppositionsparteien, Friedensbewegung, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen an der menschenrechtsverachtenden Rüstungsexportpolitik hat der geheim tagende Bundessicherheitsrat augenscheinlich auch diesen Deal mit der wahhabitischen Diktatur genehmigt.

Der Landtag stellt fest:

1. Rüstungsexporte verschärfen in vielen Regionen der Erde bestehende Spannungen, heizen Konflikte an und bilden die Grundlage von Krieg, Zerstörung und Tod. Sie sind aus politischen wie ethischen Gründen abzulehnen. Da eine effektive supranationale "Endverbleibskontrolle" fehlt, ist die Weitergabe von Rüstungsgütern nicht zu verhindern. Vielmehr ist das Risiko ihres Einsatzes in Angriffskriegen, Bürgerkriegen und zur internen Repression stets gegeben.
2. Der Ankauf von Kriegswaffen und Rüstungsgütern birgt die Gefahr des Wettrüstens und führt letztlich zur Destabilisierung ganzer Regionen der Welt. Zudem geht dies insbesondere in ärmeren Staaten zu Lasten des ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts.
3. Der Hessische Landtag bekräftigt das Friedensgebot der Hessischen Verfassung: "Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständnis. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig" (Art. 69 Hessische Verfassung).

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf:

1. Sich auf Bundesebene für einen sofortigen Genehmigungsstopp aller Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien, in den Nahen Osten und in andere Krisengebiete einzusetzen.
2. Sich auf Bundesebene für eine an Menschenrechten orientierte Genehmigungspraxis einzusetzen; alle Bemühungen zu unterstützen, die auf Abrüstung und effektive Endverbleibskontrollen abzielen, sowie sich das von Friedensorganisationen geforderte Verbot des Exports von Kleinwaffen (die "Massenvernichtungswaffen" des 21. Jahrhunderts) in Krisen- und Spannungsbegiete zu Eigen zu machen.
3. Auf Bundesebene ein Konversionsprogramm für die exportorientierte Rüstungsindustrie anzustoßen sowie auf Landesebene ein entsprechendes Programm aufzulegen.

4. Bis zur Auflage eines effizienten Konversionsprogramms die Wirtschaftsförderung und den Wissenstransfer konsequent an ziviler Nutzung zu orientieren und alle Maßnahmen umgehend zu beenden, die direkt oder indirekt eine Subventionierung der ansässigen Rüstungsindustrie bedeuten, und öffentlichkeitswirksame Werbeaufträge mit der ansässigen Rüstungsindustrie zu unterlassen.

Begründung:

Hessens Rüstungsfirmen profitieren von einer die Beachtung von Menschenrechten ignorierenden und Krisen und Spannungen verschärfenden Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Hessische Firmen sind "global player" im Geschäft mit Aufrüstung und Krieg.

Waffenlieferungen florieren, Deutschland ist Europameister im Rüstungsexport. Zwischen 1999 und 2011 wurden nach offiziellen Regierungszahlen Exporte von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgütern im Wert von über 88 Mrd. € genehmigt. Demgegenüber wurden Exportanfragen im Wert von 535 Mio. € vom Bundessicherheitsrat abgelehnt (0,6 %). Ein erschreckend hoher Teil der Waffenexporte geht in sogenannte Entwicklungsländer (Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2011: Kriegswaffen und Rüstungsgüter im Wert von über 500 Mio. €; 9,3% aller Einzelausfuhrgenehmigungen). Auf der IDEX, der Rüstungsmesse in Abu Dhabi war die Bundesrepublik "wichtigster Rüstungsstaat". Die Bundesrepublik liefert Waffen in über 170 Länder der Erde.

Im Jahre 2012 ist Saudi-Arabien zum größten Importeur deutscher Rüstungsgüter aufgestiegen. Bis zum Dezember wurden Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 1,335 Mrd. € erteilt.

Saudi-Arabien war 2011 an der blutigen Niederschlagung von Protesten im Nachbarland Bahrain beteiligt. In Saudi-Arabien werden Menschenrechte, die Gleichstellung der Frau und die Rechte von Minderheiten von den islamistischen Herrschern systematisch gebrochen.

Das Auswärtige Amt schreibt dazu auf seiner Webseite: "Die Todesstrafe wurde 2011 mindestens 73 Mal vollstreckt, Körperstrafen wie z.B. das Auspeitschen werden regelmäßig vollzogen, Dissidenten werden inhaftiert, Geständnisse erzwungen, Frauen werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten, minderjährige Mädchen zwangsverheiratet, freie Meinungsäußerung ist nur teilweise möglich, die Religionsausübung für nicht muslimische Religionen verboten, die schiitische Minderheit im Osten des Landes wird diskriminiert und ausländische Arbeitnehmer sind weitgehend rechtlos. Frauen und Männer, die nicht verwandt oder miteinander verheiratet sind, dürfen sich bis auf wenige Ausnahmen - etwa beim Einkaufen - nicht gemeinsam im öffentlichen Raum aufhalten."

Waffenlieferungen an ein solches Regime sowie an andere, die Menschenrechte mit Füßen tretende Despoten sind eine politisch-moralische Bankrott-erklärung.

Wiesbaden, 12. März 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen